

Wirtschaftsminister Schulze: EU-Agrarreform gefährdet unsere Bauern!

Wirtschaftsminister Schulze kritisiert die geplante EU-Agrarreform als inakzeptabel und kämpft für die Interessen der Landwirte in Sachsen-Anhalt.



Sachsen-Anhalt, Deutschland - In der heutigen Diskussion um die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU sorgt Sachsen-Anhalts Wirtschaftsminister Sven Schulze für Aufregung. Er hat die Vorschläge der Europäischen Kommission als inakzeptabel bezeichnet und spricht von einem radikalen Umbau, der auf Kosten der Landwirte gehen könnte. Schulze ist entschieden gegen die Änderungen, die ab 2028 in Kraft treten sollen. Der geplante Rückgang des Agrarbudgets von rund 387 Milliarden auf 300 Milliarden Euro führt zu großer Besorgnis unter den Landwirten. Das ist unrealistisch und nicht verantwortbar, betont Schulze, während er sich auf Bundes- und EU-Ebene gegen die Reform in der aktuellen Form stellt.

Die Reform der GAP zielt darauf ab, die Förderkriterien für die Landwirtschaft zu ändern. Ein zentraler Punkt ist die Zusammenlegung des Agrartopfs mit anderen Politikbereichen, was laut Experten die notwendige Unterstützung für die Landwirtschaft gefährden könnte. Diese Initiative wurde seit ihrer Einführung 1962 zur Sicherstellung eines angemessenen Lebensunterhalts für europäische Landwirte entwickelt und ist somit ein entscheidender Faktor für die Stabilität der Lebensmittelversorgung in der EU. Laut agriculture.ec.europa.eu sollen durch die GAP auch nachhaltige Bewirtschaftungspraktiken gefördert werden, um den Herausforderungen des Klimawandels entgegenzuwirken und ländliche Gebiete zu erhalten.

Umstrittene Kürzungen

Ein weiterer Streitpunkt betrifft die Öko-Regelungen, die im Rahmen der GAP-Reform zur Diskussion stehen. Während ursprünglich mindestens 30 Prozent des Budgets für diese Regelungen reserviert werden sollten, hat das zuständige Umweltressort diesem Vorhaben nun eine Absage erteilt. Aktuell werden lediglich 25 Prozent für Öko-Regelungen eingeplant, was bei vielen Landwirten auf Unmut stößt. [Agrarheute berichtet](#), dass die Flexibilität in der Budgetverteilung zu weiteren Unsicherheiten führen könnte, insbesondere wenn Fördermittel nicht abgerufen werden. Diese Praxis könnte dazu führen, dass bei Überzeichnung der Öko-Regelungen Geldmittel von anderen Bereichen abgezogen werden müssen.

Ein wenig Licht in die Situation bringt die Lernphase von 2023 bis 2024. In dieser Zeit können nicht abgerufene Mittel für Öko-Regelungen in die zweite Säule fließen, was einem gewissen kurzfristigen Puffer gleichkommt. Aber wie nachhaltig ist dieser Ansatz, wenn die Landwirte dennoch unter dem Druck stehen, marktgerechte Produkte zu erzeugen? [N-TV hebt hervor](#), dass viele Landwirte die bevorstehenden Veränderungen mit Sorge betrachten und abwarten müssen, wie sich die Marktbedingungen entwickeln werden.

Zukunft der GAP und der Landwirte

Die GAP verfolgt nicht nur die Einkommensunterstützung, sondern auch die Verbesserung der landwirtschaftlichen Produktivität und die Förderung von Arbeitsplätzen im Agrarsektor – eine bedeutende Aufgabe in einem Umfeld, in dem Landwirte oft mit enormen Herausforderungen konfrontiert sind. Der Druck der Klimakrise und die Notwendigkeit nachhaltiger Praktiken stehen dabei in starkem Fokus. Das Engagement für die GAP könnte langfristig dazu beitragen, beruhigende Perspektiven für die Landwirte zu schaffen, doch die aktuelle Reform bringt Unsicherheiten mit sich, die Schweißperlen auf die Stirn treiben.

Die nächsten Monate werden entscheidend sein für die Umsetzung der Reformen und die Zukunft der Landwirtschaft in Europa. Schulze und zahlreiche andere Akteure aus der Branche werden alles daransetzen, die Interessen der Landwirte zu vertreten, während sie gleichzeitig einen nachhaltigen Weg für die zukünftige Lebensmittelversorgung in Europa suchen.

Details	
Ort	Sachsen-Anhalt, Deutschland
Quellen	• www.n-tv.de • www.agrarheute.com • agriculture.ec.europa.eu

Besuchen Sie uns auf: n-ag.net